

## **Alarmierende Zahlen: Messergewalt in NRW steigt weiter an**

NRW Innenminister Reul benennt Messergewalt als überproportional jung und männlich. Die FDP fordert wirksame Maßnahmen und Konsequenzen.

Düsseldorf. Die Debatte über Messergewalt in Nordrhein-Westfalen nimmt immer dramatischere Züge an. Innenminister Herbert Reul präsentierte am 28. August 2024 aktuelle Zahlen und ein neues Konzept zur Bekämpfung der zunehmenden Bedrohung durch Messerangriffe im öffentlichen Raum. Der jüngste Bericht stellt eine alarmierende Zunahme der Messergewalt dar, die in den letzten Jahren signifikant angestiegen ist.

In einer umfassenden Analyse, die das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen über die Jahre 2019 bis 2023 durchgeführt hat, wird deutlich, dass im Jahr 2023 etwa 3.500 Messerstraftaten registriert wurden. Dies entspricht einem Anstieg von 43 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Unmittelbar wirft diese Entwicklung die Frage auf, wie das Land auf die eskalierende Gewalt reagiert.

### **Mangelnde Sicherheit im öffentlichen Raum**

Die Analyse offenbart, dass die Mehrheit der Tatverdächtigen männlich und vor allem jung ist. Nahezu die Hälfte der Verdächtigen ist unter 21 Jahren. Dies lässt darauf schließen, dass das Problem der Messergewalt nicht nur in der Anzahl der Taten, sondern auch in der demografischen Struktur der Täter zu finden ist. Die besorgniserregende Tatsache, dass ein großer

Teil der Tatverdächtigen keinen deutschen Pass besitzt, hat die Diskussion um mögliche gesellschaftliche Ursachen von Gewaltverhalten angeheizt. Innenminister Reul äußerte sich dazu: „Messergewalt ist jung und männlich.“

Zur Bekämpfung dieser Gewalt hat Reul ein Maßnahmenkonzept vorgestellt, das sich flexibel an die einzelnen Kreispolizeibehörden anpassen soll. Geplant sind unter anderem klare Waffentrageverbote sowie Möglichkeiten zur mobilen Videobeobachtung, um potenzielle Täter frühzeitig zu identifizieren. „Es gibt keine universelle Lösung gegen Messergewalt“, betont Reul, „es ist wichtig, dass jede Behörde individuell prüft, welche Maßnahmen vor Ort funktionieren.“

Kritik an der aktuellen Strategie kommt von der FDP, die der Landesregierung vorwirft, die Entwicklung der Messergewalt lange Zeit ignoriert zu haben. Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, erklärte: „Das zögerliche Vorgehen der Landesregierung riskiert die Sicherheit der Bürger.“ Er fordert darüber hinaus ein ausgeweitetes Präventionsprogramm, das nicht nur auf Flüchtlingsunterkünfte, sondern auch auf Jugendtreffs und Schulen abzielen sollte.

Die FDP hebt hervor, dass die Bekämpfung der Messergewalt nicht nur durch erhöhte Polizeipräsenz, sondern auch durch effektivere juristische Maßnahmen unterstützt werden muss. Justizminister Dr. Benjamin Limbach wird aufgefordert, die Verfahren zur Verurteilung von Messerangriffen zu beschleunigen. Es wird erwartet, dass eine überlastete Justiz nicht dazu führt, dass Täter ungeschoren davonkommen.

Insgesamt zeigt die Situation in Nordrhein-Westfalen, dass das Thema Messergewalt viele Facetten hat und tief verwurzelte gesellschaftliche Probleme ansprechen könnte. Innenminister Reul warnt, dass mache sich mit einem Messer stärker fühlen, was ein veraltetes Männlichkeitsbild widerspiegelt. Die Diskussion über gesellschaftliche Werte und Verantwortung könnte in der aktuellen Debatte um Messergewalt eine zentrale

Rolle spielen.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**